

Fristenlösung und Initiative «Für Mutter und Kind», Abstimmung vom 2. Juni

Wer die aktuelle Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch als «genügend» beurteilt, wie dies SVP-Ständerat Hans Hofmann und mit ihm seine Partei tut, der akzeptiert, dass sich jede Frau, die sich gegen eine Schwangerschaft entscheidet, strafbar macht. Ich könnte diesen Entscheid eher verstehen, wenn man sich für ausserfamiliäre Betreuung und für eine Mutterschaftsversicherung einsetzen würde. Doch nur Nein sagen und nicht wahrhaben wollen, dass das neue Gesetz nur die bereits gelebte Praxis legalisiert, hilft niemandem, schon gar nicht einer Frau mit ungewollter Schwangerschaft. Niemand soll seine persönliche Weltanschauung ändern per Gesetz aufzwingen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass es vielen Gegnern der Fristenregelung vorab darum geht, die Frauen wieder zurückzuschicken zu Kindern, Küche, Kirche.

THERESA HENSCH, ZÜRICH

In Inseraten der Fristenregelungsgegner werden Frauen gezeigt, welche ihren damaligen Entscheid bedauern sollen. Doch genau diese Argumente sprechen für die Fristenregelung und gegen das totale Abtreibungsverbot der Initiative «Für Mutter und Kind». Dank Fristenregelung hätten die Frauen darüber sprechen können, hätten sich nicht, meist in Panik, in der Illegalität zur Abtreibung entscheiden müssen. Mit der Fristenregelung wird die Frau und ihr Entscheid zur Abtreibung entkriminalisiert und enttabuisiert. Dadurch werden künftig auch weniger Frauen traumatisiert, denn ihr Entscheid wird akzeptiert.

THERESA HENSCH, ZÜRICH

Genügt die heutige Lösung?

Wer die heutige Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch als «genügend» beurteilt, wie dies SVP-Ständerat Hans Hoffmann und mit ihm seine Partei tut, der akzeptiert, dass sich jede Frau, welche sich gegen eine Schwangerschaft entscheidet, strafbar macht. Ich könnte diesen Entscheid eher verstehen, wenn man sich für ausserfamiliäre Betreuung und für eine Mutterschaftsversicherung einsetzen würde. Doch einfach nur Nein sagen und nicht wahrhaben wollen, dass das neue Gesetz nur die bereits gelebte Pra-

xis legalisiert, hilft niemandem, schon gar nicht einer Frau mit ungewollter Schwangerschaft. Niemand soll seine persönliche Weltanschauung ändern per Gesetz aufzwingen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass es zahlreichen Gegnern der Fristenregelung vor allem darum geht, die Frauen wieder zurückzuschicken zu Kindern, Küche, Kirche.

Theresa Hensch (Zürich)